

Schon alles bekannt – oder nicht?

Zur NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter

Es ist nicht gerade viel, was bisher über die Vergangenheiten aus der Zeit des Nationalsozialismus der hessischen Landtagsabgeordneten seit 1946 bekannt war – eine erstaunliche Forschungslücke, die für Spekulationen Tor und Tür offen ließ! Umso erfreulicher ist die Initiative der Fraktion der Linken im Hessischen Landtag, die 2011 eine von Klaus-Peter Klausch erarbeitete erste Studie vorlegte.¹ Statt bislang drei in Lengemanns „Landtagshandbuch“² benannte ehemalige NSDAP-Mitgliedschaften von Landtagsabgeordneten, waren „plötzlich“ 75 ehemalige „Pg.s“³ bekannt. Was muss da noch alles herauskommen, wenn man nur systematisch in die Tiefen der Biografien geht?

Diese Ergebnisse Klauschs mussten eigentlich allen hessischen Landespolitikern und den Vertretern des hessischen Lokal-, Regional- und Landesgeschichtsforschung die Wissenslücke bezüglich der NS-Vergangenheit des hessischen Parlaments bewusst machen. Und sie tat es auch: Die Initiative der Linken-Fraktion wurde vom Landtagspräsidenten Norbert Kartmann aufgegriffen und eine Arbeitsgruppe aus hessischen Zeithistorikern beauftragt, das Thema aufzugreifen. Von dort wurde ein Werkvertrag für eine Vorstudie vergeben, mit der vor allem den quantitativen und qualitativen Möglichkeiten zu vertieften Recherchen zur NS-Vergangenheit von letztlich 403 hessischen Abgeordneten bis zum Jahrgang 1928 geprüft werden sollte. Mit der Erstellung dieser Vorstudie wurde unter meiner Leitung ein Team mit Karin Brandes, Gunnar Hanig, Alexander Steder und Sascha Hörmann beauftragt.

Um es vorweg zu nehmen: Nicht überraschend war eine bedeutende Zahl weiterer Hinweise auf Belastungen aus der NS-Zeit. Nicht überrascht hat auch, dass sich unter den entsprechenden Namen auch prominente Politiker fanden, von Rudi Arndt über Karl Theodor Bleek, Gotthard Franke und Gustav Hacker bis hin zu Johannes Strelitz u.a.m. Nicht überraschend war auch, dass wir bei den Recherchen – obwohl es außerhalb unseres Fokusses lag – auch auf einige interessante Hinweise auf Widerstand und Verfolgung gestoßen sind. Überraschend war aber, in welchem Umfang belastende Hinweise mit recht geringem Rechercheaufwand gefunden werden konnten. Auch wenn man berücksichtigt, dass heute die entsprechenden Unterlagen leichter zugänglich sind, als noch vor einigen Jahren, so weist dies doch deutlich darauf hin, dass noch niemand auf die Idee kam, entsprechende Recherchen anzugehen. Warum aber erst 65 Jahre nach der Befreiung überhaupt die Idee aufkam, das Thema aufzugreifen, das bleibt jenseits von Spekulationen derzeit rätselhaft – 2010 dürfte es in Hessen jedenfalls nicht Wahlkampfgetöse gewesen sein. Diese Frage aber zu stellen, ist durchaus interessant, verweist sie doch auf den Umgang mit der NS-Vergangenheit auch durch vorangehende Generationen.

Doch wenden wir uns den Ergebnissen zu: Statistische 22,8 Prozent, reale 92 individuelle Mitglieder des Landtages und der beiden Vorparlamente „Beratender Landesausschuß“ und

„Verfassungberatende Landesversammlung Groß-Hessen“ waren Mitglieder der NSDAP gewesen. Mit Sicherheit war nicht jeder von ihnen in Verbrechen des NS-Regimes verwickelt; es wird auch eine Reihe von Opportunisten und Karrieristen gegeben haben, die den persönlichen Vorteil über alles stellten. Genau so sicher aber unterstützten alle das NS-Regime zumindest ideell, widersprachen in aller Regel weder der Verfolgung der jüdischen Mitbürger oder der Sinti und Roma, hielten vielleicht sogar die Verfolgung von Kommunisten und Sozialisten für gerechtfertigt. Sie alle waren aus unserer heutigen Sicht auf der historisch falschen Seite. Allerdings traten zur alleine wenig aussagekräftigen formalen Mitgliedschaft in der NSDAP in einigen Fällen weitere Faktoren hinzu. Elf der „Pg.s“ waren vor 1933 der Partei beigetreten, darunter beispielsweise Albert Derichsweiler, Erich Mix, später zweimal, nämlich von 1937 bis 1945 und von 1954 bis 1960, Oberbürgermeister von Wiesbaden oder Gerhard Woitschell, später NPD-Abgeordneter im hessischen Landtag. Dreizehn NSDAP-Mitglieder hatten mehr oder weniger bedeutende Parteiämter inne oder waren hauptamtliche Beschäftigte der Partei: Zu finden ist wieder Albert Derichsweiler, der zeitweilig im Stab Rudolf Hess' in der NSDAP-Parteizentrale tätig war, Erich Mix in der Gauleitung der Partei und Frank Seiboth u.a. als Gauschulungsleiter der NSDAP-Gauleitung Sudetenland. Diese frühen Mitgliedschaften und Funktionen verweisen klar auf „Überzeugungstäter“ – bemerkenswert, dass sie in der hessischen Landespolitik nach 1945 wieder Karriere machen konnten.

Schaut man sich die Verteilung der NSDAP-Mitglieder auf die Parteien an, so waren nicht etwa in der NPD die anteilmäßig meisten ehemaligen

Dr. Albrecht Kirschner

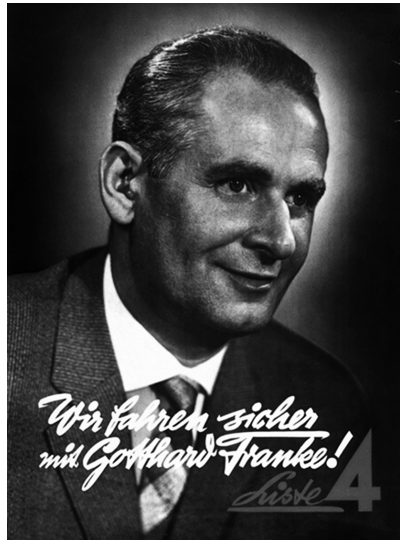
Historiker und Politikwissenschaftler aus Marburg. Er ist derzeit Leiter der Geschäftsstelle der Unabhängigen Wissenschaftlichen Kommission beim Bundesministerium der Justiz zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit.



Hitler ante Portas

In allen Ländern Europas gab es faschistische Bewegungen. Dieses Plakat von 1939 stammt aus Belgien und wurde von dem Maler René Magritte (1898–1967) für das Comité de vigilance des intellectuels antifascistes in Brüssel geschaffen. Es zeigt den Führer der wallonischen faschistischen Bewegung Leon Degrelle, wie er Hitler die Tür öffnet. Nach dem Überfall der Wehrmacht auf Belgien im Mai 1940 kollaborierten Degrelle und seine Bewegung mit den Deutschen. Das Motiv „Hitler ante portas“ findet sich des öfteren in unterschiedlicher Gestaltung auf antifaschistischen Plakaten.

Historische Plakate gegen den Faschismus



Gotthold Franke kandidiert 1961 für Liste 4, das ist der Gesamtdeutsche Bund/BHE. Er war seit 1935 Mitglied der Sudetendeutschen Partei und seit 1938 der NSDAP. Quelle: Historische Bilddokumente, Landesgeschichte. Informationssystem Hessen.

NSDAP-Mitglieder (vier von sieben Abgeordneten, was einem Anteil von 57,1 Prozent entspricht). Dieser Wert wird in den BHE-Fraktionen übertroffen, in denen 13 von 19 Abgeordneten, mithin 68,4 Prozent vormals „Pg.s“ waren. In den LDP- bzw. FDP-Fraktionen waren 38 Prozent ehemalige NSDAP-Mitglieder (27 von 71), darunter auch die schon benannten Mix und Derichsweiler. In der CDU beläuft sich dieser Wert auf 19,8 Prozent (24 von 121), in der SPD auf 14,6 Prozent (24 von 164). Nur in der KPD war keiner der 23 Abgeordneten vormals Mitglied der NSDAP.⁴

Mit Blick auf die Verteilung nach Legislaturperioden fällt auf, dass der Anteil von vormaligen NSDAP-Mitgliedern in den 50er und 60er Jahre stetig bis auf 34 Prozent aller Angeordnete in der 5. Legislaturperiode (1962–1966) stieg, um dann, vor allem wohl altersbedingt wieder zurück zu gehen. Der erste Landtag, in dem kein ehemaliges NSDAP-Mitglied mehr saß, war jener der 13. Legislaturperiode, der im April 1991 zusammentrat. Sehr wahrscheinlich wurde anfänglich von der US-Militärregierung aber auch von den Parteien selbst mehr auf die persönliche Vorgeschichte geachtet, als dies späterhin der Fall war. In den 1950/60er Jahren schlug möglicherweise auch die „Schlussstrich“-Mentalität politisch durch. Ob das aber wirklich diese Entwicklung erklärt? Es bedarf hierzu sicherlich noch der einen oder anderen gründlichen Analyse.

Immerhin waren zwölf Abgeordnete in der SS: Mit – erneut – Albert Derichsweiler, Rolf Metz und Wilhelm Saure finden sich gleich drei Oberführer (vergleichbar einem Rang zwischen Oberst und Generalmajor in der Wehrmacht) und Erich Mix begleitete den Rang eines Standartenführers (etwa Oberst in der Wehrmacht). Rolf Metz war zeitweilig im SS-Führungshauptamt eingesetzt, Wilhelm Saure und Fritz Walter längere Zeit im SS-Rasse- und Siedlungshauptamt, eine der Säulen der Umsetzung der NS-Rassepolitik. Rolf Metz gehörte darüber hinaus bis Mai 1942 der SS-Totenkopf-Reiterstandarte an, Sepp Waller ab 1941 ebenfalls der SS-Totenkopfdivision. Hier bestehen offene Fragen bezüglich sehr schwerer Vorwürfe, die nur über gründliche Recherchen bezüglich der konkreten Zeiten der Zugehörigkeiten und die Einsatzgeschichte wirklich zufrieden stellend zu klären sind. Als erheblich belastet können aber alle Genannten schon aufgrund ihrer Funktionen gelten.

Bei der SA waren insgesamt 26 spätere Abgeordnete des hessischen Landtags Mitglied gewesen, unter ihnen – wir ahnen es schon: Albert Derichsweiler. Dieser hatte hier den Rang eines Standartenführers (Wehrmacht: Oberst) und war damit der höchstrangige SA-Führer in der Untersuchungsgruppe. Einige hatten mittlere und niedere Ränge, die im individuellen Fall von Bedeutung sein können, aber im Rahmen der Gesamtschau der dem Landtag vorgelegten Vorstudie eher als nachrangig zu bewerten sind. In weiteren NS-Organisationen waren insgesamt 201 Personen der Untersuchungsgruppe Mitglied geworden, in der Hauptsache in der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV; 118 Personen) und in der Deutschen Arbeitsfront (DAF; 95 Personen), sowie 46 in der Hitlerjugend und 39 im Reichsluftschutzbund. Hier sind wiederum höhere Funktionärsstellungen interessant. Selbstverständlich ist auch Derichsweiler wieder dabei, dieses Mal als Bundesführer des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes 1934 bis 1936. Das ist die wohl prominenteste

Funktion, die ein späterer hessischer MdL innehatte. Ebenfalls exponiert war die Stellung, die Frank Seiboth im Sudetengau begleitete: Er war dort Gebietsführer der HJ, wobei das Gebiet die Ebene unter der Reichsführung darstellte.

Auch in der Wehrmacht – also jenseits der Parteistrukturen – haben über 200 Abgeordnete Spuren hinterlassen, in der Mehrheit allerdings, wie zu erwarten war, ohne besondere Auffälligkeiten bezüglich der vorliegenden Fragestellungen. Dennoch fanden sich fünf im Hinblick auf Nähe zum NS-Regime bemerkenswerte Hinweise auf Funktionen in der Wehrmacht oder auf Operationen bestimmter Einheiten, in denen sie dienten. Ernst Günther Stegmann beispielsweise leitete zuerst das Referat „Banden“ und dann die Gruppe „Banden Polen“ in der Generalstabsabteilung Fremde Heere Ost. Damit hatte er sich leitend mit der Bekämpfung von Partisanen befasst, ein Kampfbereich der Wehrmacht, in dem sich Kriegsverbrechen massiv häuften. Erich Mix wiederum war gegen Ende des Krieges Lehrer an der NS-Führungsoffiziersschule 2 der Luftwaffe und bildete damit diejenigen Offiziere aus, die seit 1943/44 als verlängerter Arm der NSDAP in der Wehrmacht wirkten.

Ein ähnliches Bild ergab sich auch bezüglich der Tätigkeiten in staatlichen Stellen: 19 Männer der Untersuchungsgruppe waren als Stadtrat, Landrat, Ministerialdirektor, Mitglied des Reichstags oder auf andere Weise in gehobenen Stellungen des NS-Staates eingebunden. Beispielsweise war Wilhelm Seipel Präsident des Gauarbeitsamtes Mainfranken in Würzburg, Heinz Wolf war als Staatsanwalt in Danzig und Traunstein jeweils mit der Verfolgung politischer Gegner des Regimes befasst und Wilhelm Ziegler leitete im Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda das „Institut zum Studium der Judenfrage“ und hatte einen Lehrstuhl für die „Geschichte der Judenfrage“ an der Universität Berlin inne.

Wie nahe Renitenzen oder auch Widerstandsaktionen an belastende Verwicklungen herankommen konnten, zeigt der Fall von Georg Stierle. Er gab in einem ausführlichen Anhang zu seinem Entnazifizierungsmeldebogen vom April 1946 an, auf eine Anwerbung der Gestapo als V-Mann eingegangen zu sein. Nach drei Jahren Haft war Stierle im April 1939 aus dem KZ Buchenwald entlassen worden. Etwa drei Monate später drohte ihm erneute KZ-Haft, da er mit ehemaligen Genossen über die Verhältnisse in den Lagern gesprochen hatte. Von der Gestapo wurde er vor die Wahl gestellt, entweder für die Gestapo zu arbeiten oder erneut in KZ-Haft zu kommen. Nach kurzer Bedenkzeit sagte er der Gestapo die Zusammenarbeit zu, die vor allem in der Erstattung eines monatlichen Berichts bestand. Er berichtete weiterhin nach eigener Darstellung, eher allgemein Bekanntes. Daher wurde er mehrfach zur Gestapo zitiert, um „Meckerer“ zu denunzieren. Nach einiger Zeit verlor die Gestapo das Interesse an ihm und meldete sich nicht mehr.⁵

Diese Geschichte Stierles legt nahe, auch die widerständige Geschichte einer ganzen Reihe von hessischen Landtagsabgeordneten zu betrachten. Leider jedoch war dies im Rahmen dieser Vorstudie und dem auftragsgemäßen Fokus auf Belastungen nicht systematisch machbar. Ich hoffe sehr, dass dieser Lückenschluss nicht allzu lange auf sich warten lässt. Die Entnazifizierungsunterlagen der hessischen Spruchkammern wurden ebenfalls auf belastende Hin-

weise ausgewertet, haben aber auch größeres Potenzial zur Annäherung an den Umgang mit der NS-Vergangenheit in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Es konnten zu 269 Abgeordneten, also zu zwei Dritteln der Untersuchungsgruppe entsprechende Unterlagen ermittelt werden. Zwei spätere Abgeordnete gingen aus den Entnazifizierungsverfahren als so genannte „Minderbelastete“ (Gruppe 3) hervor, nämlich Erich Mix und Gerhard Woitschell.⁶ Als „Mitläufer“ (Gruppe 4) wurden 19 Abgeordnete eingestuft (7,4 Prozent), als „Entlastete“ (Gruppe 5) zehn (3,9 Prozent) und 174 als „vom Gesetz nicht betroffen“ (68,0 Prozent). Die restlichen Fälle wurden aus diversen Gründen eingestellt und sind vor allem Amnestien zuzuordnen. Abgesehen von einer etwas erhöhten Quote bei den Mitläufern und Entlasteten und leicht unterdurchschnittlichem Anteil bei den Amnestien, entspricht dies etwa dem Gesamtergebnis der Entnazifizierung für Hessen.⁷

Abgesehen von einigen Internierungen und einzelnen Verurteilungen wegen ihrer Vorgeschichte oder wegen Fälschung des Entnazifizierungsfragebogens sind nur wenige politische oder karriere-technische Probleme der aus der NS-Zeit belasteten nachmaligen Abgeordneten bekannt.⁸ Immerhin waren Wilhelm Seipels mehrfache Versuche über einen längeren Zeitraum als ehemaliger Präsident des Gauarbeitsamts Mainfranken in Würzburg ab Mai 1948 in der bayerischen Arbeitsverwaltung eine dienstliche Verwendung zu finden, erfolglos. Dieses Ansinnen wurde von der zuständigen bayerischen Landesarbeitsverwaltung mehrfach angelehnt und zwar trotz (oder wegen?) der ausdrücklichen Unterstützung Seipels durch prominente, teils ebenfalls schwer belastete Fürsprecher. Dieses Beispiel verdeutlicht, dass auch in Hessen zwar Netzwerke, die ihren Ursprung in der NS-Zeit hatten, wirkmächtig waren. Für dezidiert politische Seilschaften, die hier bestimmte Inhalte jenseits der bundesdeutschen Parteiprogramme durchsetzen wollten, konnten aber (bislang?) keine Hinweise gefunden werden.

Gerade hier aber setzen weitere interessante Fragen an, z.B. inwieweit sich auch ohne organisierte politische Seilschaften die biografischen Gemeinsamkeiten in das NS-Regime möglicherweise parteiübergreifend politisch auswirkten? Inwieweit, so legt es diese Frage wieder nahe, hatten die betreffenden Abgeordneten ihre Tätigkeiten und Funktionen nun wirklich als belastend wahrgenommen? Oder waren jene Abgeordneten, die aus dem Exil oder Widerstand kommend ihr Mandat erhalten hatten, à priori ein Korrektiv? Wie war insgesamt das Verhältnis – zahlen- aber auch stimmungsmäßig – der beiden Gruppen untereinander?

Es bleibt hier darauf hinzuweisen, dass eine vertiefte Befassung mit dem Thema wohl eine Reihe von weiteren belastenden – und nicht zu vergessen: auch entlastende Fakten ans Tageslicht bringen wird. Für eine realistische Einschätzung des Landtags gehört mit Sicherheit breites Wissen auch zur anderen Seite, nämlich zu jenen Abgeordneten, die sich dem Nationalsozialismus im Widerstand oder im Exil entgegen stellten.

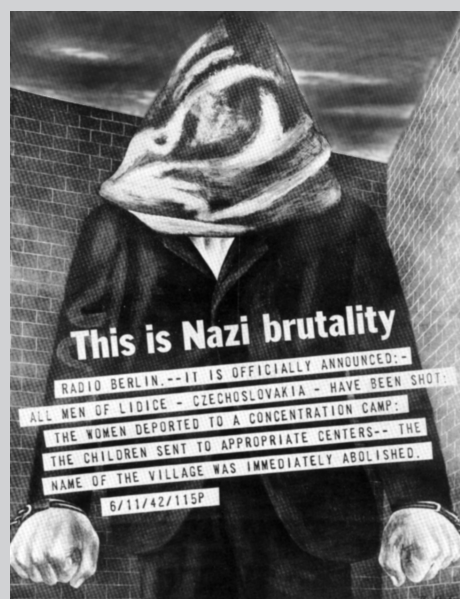
Neben diesen eher übergreifenden, den Landtag, den gesamten Landtag betreffenden Fragen halte ich den Blick auf die lokale Ebene für mindestens ebenso zentral: Was bedeutet z.B. die NSDAP-Mitgliedschaft Eitel Oskar Höhnes für Eschwege? Sollte eine Sporthalle in Limburg nach Heinz Wolf benannt sein? Kratz die ver-

leugnete NSDAP-Mitgliedschaft Karl Theodor Bleeks nicht an seinem makellosen Ansehen als Oberbürgermeister Marburgs? Politik und Wissenschaft sollte lokale Initiativen und Gremien bei der Klärung solcher Fragen tatkräftig, auch finanziell, unterstützen. Die dort, ganz nah am alltäglichen Wirkungskreis der Betroffenen gewonnenen Erkenntnisse können das übergeordnete Bild durchaus entscheidend mitprägen. Das Vorgehen der Stadt Rüsselsheim ist hier als Vorbild geeignet: Im Auftrag des Rüsselsheimers Stadtparlaments hat Sabine Kühn die Biografie Walter Köbels kritisch erforscht.⁹ Die Stadt hat mit dieser Studie eine sichere Basis, um politisch zu entscheiden, wie mit dem Wirken Köbels während des Nationalsozialismus und seinen Nachkriegsverdiensten umzugehen ist.

Anmerkungen:

- 1 Vgl. Hans-Peter Klausch: Braunes Erbe – NS-Vergangenheit hessischer Landtagsabgeordneter der 1.-11. Wahlperiode (1946–1987). Herausgegeben von der Fraktion der Linken im Hessischen Landtag. Wiesbaden 2011.
- 2 Jochen Lengemann: Das Hessen-Parlament 1946–1986. Biographisches Handbuch des Beratenden Landes Ausschusses, der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen und des Hessischen Landtags 1.-11. Wahlperiode. Frankfurt/M. 1986.
- 3 Zeitgenössische Abkürzung für „Parteigenosse“, wie die Mitglieder der NSDAP damals genannt wurden.
- 4 In den Fraktionen der Grünen war ein Abgeordneter in der Untersuchungsgruppe, der dann auch Mitglied in der NSDAP war.
- 5 Stierle beteuerte, trotz Kontakten zum Widerstand nie manden denunziert zu haben. Die Spruchkammer hielt Stierles Erklärung für glaubhaft und stufte ihn als nicht vom Befreiungsgesetz betroffen ein. Vgl. HHStAW, Abteilung 520, Nr. Frankfurt Z 4931, Karton 426.
- 6 Entnazifizierungsunterlagen zu Albert Derichsweiler konnten in Hessen nicht gefunden werden.
- 7 Vgl. Statistisches Handbuch für das Land Hessen. Offenbach 1948. S. 262.
- 8 Das war insofern nicht überraschend, waren sie doch alle immerhin Landtagsabgeordnete geworden.
- 9 Sabine Kühn: Walter Köbel (1918–1965) und der Nationalsozialismus. Eine biografische Annäherung“. (Berichte aus dem Stadtarchiv, Nr. 5). Rüsselsheim 2013.

Politiker mit Vergangenheit



Zum Beispiel: Lidice

Als Vergeltung für das Attentat auf Heydrich überfielen SS- und Polizeieinheiten das tschechische Dorf Lidice, erschossen alle Männer, deportierten die Frauen in das KZ Ravensbrück und die Kinder zur „Germanisierung“ in „Lebensborn“-Heime. Nachrichten davon erreichten sehr schnell die Weltöffentlichkeit. Das deutschsprachige Exil veranstaltete Protestkundgebungen und klärte über bis dahin bekannt gewordene Verbrechen des NS-Regimes auf. Das Plakat stammt von Ben Shahn (1898-1969), einem New Yorker Maler und Grafiker mit jüdischen Wurzeln. Den Auftrag dazu hatte er vom US-Kriegsministerium erhalten.

Historische Plakate gegen den Faschismus